

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 0408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 348 ppbn d

Inhalt

Karl Ahrens MdB, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, würdigt den Europarat, der am 5. Mai 35 Jahre alt wird: Forum der Einigung.
Seite 1

Karl Liedtke MdB, Vorsitzender des Ausschusses für das Post- und Fernmeldewesen des Bundestages, verurteilt die Maßnahmen des Ministers Schwarz-Schilling: Ausverkauf der gelben Post.
Seite 4

Lothar Löffler MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages, beklagt die Rechthaberei als deutsch-deutsche Gemeinsamkeit: Schwieriges Vaterland.
Seite 6

Dokumentation
Katharina Focke MdEP, Spitzenkandidatin der SPD zu den Europawahlen, umriß auf dem Europafestival der SPD die Essentials sozialdemokratischer Europa-Politik. Auszüge auf
Seite 8

39. Jahrgang / 85

3. Mai 1984

Der Europarat - Forum der europäischen Einigung

Gedanken zu Auftrag und Arbeit der vor 35 Jahren gegründeten Organisation

Von Dr. Karl Ahrens MdB

Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Der Europarat blickt in diesem Jahr auf sein 35jähriges Bestehen zurück. Als er am 5. Mai 1949 in London durch zehn europäische Staaten gegründet wurde, stand das Europa der Nachkriegszeit am Anfang seiner Suche nach neuen Zielen, Inhalten und Strukturen.

Vor diesem Hintergrund hat es Helmut Schmidt als Pionierleistung bezeichnet, daß der Europarat als erste internationale Organisation neben dem aus Vertretern der Regierungen gebildeten Organ, dem Ministerkomitee, als weiteres Organ eine aus Abgeordneten der Mitgliedstaaten zusammengesetzte parlamentarische Versammlung geschaffen hat. Es ist dies die erste Parlamentarische Versammlung, die nunmehr 21 Mitgliedsstaaten mit etwa 400 Millionen Europäern repräsentiert, die durch einen völkerrechtlichen Vertrag zustande gekommen ist. Als internationales Parlament ist ihr von Anbeginn ein Mitwirkungsrecht an der Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen eingeräumt worden, die bis dahin ein Vorrecht der Diplomatie war. Nach diesem Muster wurde auch die Versammlung der Westeuropäischen Union geschaffen, ihrem Vorbild folgte ferner als am weitesten entwickelte Form europäischer parlamentarischer Institutionen das Europäische Parlament.

Eine weitere große Leistung des Europarates ist darin zu sehen, daß an die interne Ordnung der Mitgliedsstaaten hohe Ansprüche gestellt werden. Der Zugang zum Europarat setzt das eindeutige Bekenntnis zur Freiheit und Demokratie sowie zu den Menschenrechten voraus. So legt Artikel 3 seiner Satzung den Mitgliedsstaaten die Verpflichtung auf - dies

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printed in Germany
with recycled, chlorine-free
Krafton Paper



ist die einzige Verpflichtung in der Satzung -, den Grundsatz der Vorherrschaft des Rechts sowie den Grundsatz anzuerkennen, "daß jeder, der seiner Hoheitsgewalt unterliegt, der Menschenrechte und Grundfreiheiten teilhaftig werden soll". Dementsprechend bestimmt Artikel 4 der Satzung, daß nur derjenige Staat in den Europarat aufgenommen werden kann, der die Wahrung dieser Rechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten vermag. Jedes Mitglied, das diese Rechte und Freiheiten nicht respektiert, kann gemäß Artikel 8 vom Europarat ausgeschlossen werden.

Die Wertvorstellungen und Ziele des Europarates waren und sind gerade unserer jungen deutschen Demokratie eine Verpflichtung. So wurde die Bundesrepublik Deutschland 1950 zunächst als assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen, dessen Vollmitglied sie am 7. April 1951 wurde. Für uns Deutsche ist damit der Europarat die erste internationale Organisation gewesen, die uns nach dem Krieg ihre Tore geöffnet hat und uns zur Mitwirkung beim Wiederaufbau Europas einlud.

Mit der europäischen Menschenrechtskonvention hat der Europarat die Durchsetzung der Menschenrechte lange vor den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen, vor der Schlußakte von Helsinki zu einem gemeinsamen Anliegen seiner Mitgliedsstaaten gemacht. Mit der Schaffung von Kommission und Gerichtshof haben sich erstmalig Staaten aufgrund freiwilliger Vereinbarung einem wirksamen Kontrollmechanismus unterworfen. Das Recht eines jeden Bürgers in unseren Staaten, bei diesen Kontrollinstanzen Beschwerden gegen Übergriffe seiner eigenen Regierung oder seiner eigenen Bürokratie zu führen, verleiht dieser Arbeit des Europarats den Charakter eines grundlegenden Modells, mit dem in der Tat ein Durchbruch in der Verwirklichung und im Schutz der Menschenrechte gelungen ist.

Seit seiner Bildung im Jahre 1959 wurde der Europäische Gerichtshof mit fast 60 Fällen befaßt. Unter den entschiedenen Fällen befanden sich viele Probleme, wie zum Beispiel die Einschränkungen der Rechte des Angeklagten vor Gericht, das Abhören von Telefongesprächen, Verzögerungen bei Gerichts- und Verwaltungsverfahren, das Recht der Gewerkschaften zur Führung von Tarifverhandlungen, Entscheidungen bezüglich der Beschränkung der Pressefreiheit bei schwebenden Verfahren, Beschlagnahme und Verbot sittenwidriger Schriften und körperliche Züchtigung von Schülern.

Daneben hat der Europarat auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Bereich mit großer Beharrlichkeit eine von der Öffentlichkeit zu wenig beachtete Fülle von Arbeit geleistet. Sie hat ihren Niederschlag in weit über 100 Übereinkommen gefunden, die in unmittelbarer und oft ganz praktischer Weise das Leben der einzelnen Bürger in den Mitgliedsstaaten des Europarates positiv beeinflusst haben. Hiermit wurde



schrittweise eine Rechtsangleichung in Europa bewerkstelligt, die einer ausdrücklichen Würdigung wert ist.

Eine besondere, verstärkt in das Bewußtsein der Europapolitiker zurückkehrende Aktualität erlangt der Europarat als Bindeglied zwischen den EG-Mitgliedsstaaten und denjenigen europäischen Ländern, die der EG nicht beigetreten sind oder ihr nicht beitreten können. Die regelmäßig unter dem Dach des Europarates durchgeführten Treffen europäischer Minister und Politiker, der hierbei gepflegte politische Austausch, das Aufnehmen der Anregungen, das Verständnis für die Interessen, Sorgen und Zwänge der anderen verdeutlichen diese wichtige Klammerfunktion, die dem Europarat einen festen Platz in den politischen Strukturen Europas und dessen Einigungsprozeß geben.

Als Forum der rechtsstaatlichen parlamentarischen Demokratien übt der Europarat seither eine unersetzliche Funktion aus und wird dies auch in Zukunft verstärken müssen. Es sei an den Wiedereintritt Griechenlands in den Europarat 1974 erinnert. Zu denken ist auch daran, daß der erste Schritt, den die jungen Demokratien Portugal und Spanien 1976 und 1977 in Richtung Europa taten, ihr Beitritt zum Europarat war.

Diese Rolle des Forums für Grundsatzdebatten zur europäischen Einigung muß die Parlamentarische Versammlung des Europarates zukünftig noch verstärkt wahrnehmen. Weiterhin wird es ihre Aufgabe sein, die Richtlinien für Europa auszuarbeiten, die eine Garantie des bestehenden Menschenrechtsschutzes und seiner Ausweitung in den Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte des Individuums darstellen. Als weitere wichtige Aufgabe sind zu nennen die Verwirklichung von wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit sowie eine graduelle Abschaffung der bestehenden Diskrepanzen zwischen den unterschiedlichen Regionalstrukturen in Europa vom Norden Islands bis zum Süden Portugals und der Türkei.

Bei aller Anerkennung des bisher Geleisteten muß bei nüchterner Betrachtung gleichwohl festgestellt werden, daß wir mit dem Erreichten noch nicht zufrieden sein dürfen. Unverändert gilt das Ziel, Europas Emanzipation in der Überwindung nationaler Egoismen zu erreichen. Das die europäischen Staaten Europas verbindende geistige, kulturelle und politische Erbe ist stark genug, dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. Nach neun- unddreißigjähriger europäischer Nachkriegsgeschichte befinden wir uns zwar immer noch auf dem Weg hin nach Europa, hin zu verstärkter Zusammenarbeit und auf der Suche nach wirkungsvolleren Strukturen für ein gemeinsames europäisches Handeln im Sinne einer europäischen Identität. Europa lebt aber seit 39 Jahren in Frieden und dies ist ein unschätzbare Erfolg, nicht zuletzt der europäischen Einigungs- und Entspannungspolitik, - ein Erfolg, der in keinem Moment vergessen werden sollte.

(-/3.5.1984/ks/rs)

+ + +

*Verständiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier*



Ausverkauf der "gelben Post"

Schwarz-Schillings Maßnahmen übertreffen die geäußerten Befürchtungen

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des Ausschusses für das Post- und Fernmeldewesen des Deutschen Bundestages

Zunehmend wird die verfehlte Post- und Fernmeldepolitik von Minister Schwarz-Schilling in weiten Bereichen der Öffentlichkeit kritisiert. Dabei zeigt sich mehr und mehr, daß sich die geäußerten Befürchtungen nicht nur bewahrheiten, sondern teilweise sogar übertroffen werden. Zum Beispiel im Fernmeldewesen: Nach unseren aktuellen Schätzungen wird der Minister in Kürze die Gebühren für den Anschluß an die Breitbandverkabelung um das zwei- bis dreifache erhöhen müssen. Damit wird dieser Bereich vollends zum wirtschaftlichen und finanziellen Flop. Mindestens genauso schlimm sind aber die zu erwartenden Entwicklungen im "gelben" Bereich, denen schließlich die letzten Bereiche der "klassischen Daseinsvorsorge" zum Opfer fallen könnten.

Der Anfang war der Wegfall der Briefkasten-Nachtleerung, nun wird auch die Vormittagsleerung weitgehend eingestellt. Weitere Leistungseinschränkungen bei gleichzeitigen Gebührenerhöhungen werden kommen, trotz der ständigen Dementis des Ministers. Selbst seine Parteifreunde und der Union nahestehende Industriekreise sind mittlerweile von der verfehlten Politik des Ministers überzeugt.

Der Geheimdiplomatie des Ministers muß durch eine umfassende Information der Öffentlichkeit entgegen gewirkt werden, zumal Schwarz-Schilling die zuständigen Gremien wie Postausschuß und Postverwaltungsrat entweder ignoriert oder falsch informiert.

Viele Bürger sind es leid, ständig im nachhinein von geschaffenen Fakten - die stets Verschlechterungen bedeuten - Kenntnis nehmen zu müssen. Aufgrund der vielfachen Kritik aus der Öffentlichkeit an dem fehlenden Konzept im Postwesen hat der Minister einen Beraterauftrag vergeben. Gleichzeitig hat er versichert, daß bis zur Vorlage eines Konzepts keine gravierenden Veränderungen vorgenommen werden sollen. Die tatsächliche Entwicklung beweist, wie er zu seinen Versprechungen steht.



Wir bleiben bei unseren Befürchtungen, daß im Postwesen unter anderem folgende Entwicklungen eintreten:

- Bei einer Verschlechterung der Laufzeiten kostet der Standardbrief in Zukunft 25 Prozent mehr, nämlich eine DM.
- An Samstagen werden bestimmte Sendungen überhaupt nicht mehr zugestellt.
- An bestimmten Wochentagen werden zu bestimmten Zeiten Postämter einfach geschlossen.
- Der Kunde muß sich an einem "Container" seine Post selbst holen.
- Viele Wochenendausgaben der Tageszeitungen werden erst am Montag zugestellt.

Wie ausgefeilt die Salami-Taktik des Minister ist, läßt sich am besten am Beispiel der Briefkastenleerung darstellen: Zuerst Wegfall der Nachtleerung, dann Einstellung der Vormittagsleerung. Jetzt kommen die neuesten Botschaften von draußen: Durch eine Einstellung der Briefkastenleerung am frühen Freitagnachmittag, insbesondere im Landbereich, verzögern sich viele Sendungen auf drei Tage.

Wann wird es einmal möglich sein, Positives über die Entwicklung der Post zu berichten?
(-/3.5.1984/ks/rs)

+ + +



Deutschland - schwieriges Vaterland

Die Rechthaberei gehört zu den weniger erfreulichen Gemeinsamkeiten

Von Lothar Löffler MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen
des Deutschen Bundestages

Gustav Heinemann hat über Deutschland das Wort vom schwierigen Vaterland geprägt. In diesen Tagen bestätigt es sich wieder einmal. Und zwar in beiden deutschen Staaten. Eine gewisse starrsinnige Rechthaberei gehört offensichtlich zu den weniger erfreulichen deutsch-deutschen Gemeinsamkeiten.

Die Welt bangt um die Erhaltung des Friedens; Millionen Menschen sind vom Hungertode bedroht; der größere Teil der Menschheit vegetiert am Rande des Existenzminimums - und womit beschäftigen sich ernsthafte Leute in beiden deutschen Staaten, ausgiebig und gründlich? Herr Löwenthal hat in seiner Magazinsendung vom 2. Mai noch einmal genannt und behandelt, was einigen Deutschen offensichtlich über alles geht: Elbgränze, Erfassungsstelle Salzgitter und Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer.

Recht so! Dem Frieden ist nach der Vorstellung einiger Leute am besten damit gedient, wenn man viel diskutiert und darüber spekuliert, was gegenwärtig nicht einigungsfähig ist. Merke: Wer viel darüber redet, was alles nicht geht, gerät in den Verdacht, daß er gar nicht will.

Wie sagte der Bundeskanzler? Innerdeutsche Politik ist ein Stück Friedenspolitik in Europa. Glauben seine Anhänger das auch? Wie glücklich sind doch offenbar einige von ihnen, wenn ihnen beim Versagen eigener Argumente noch rechtzeitig eine alliierte Vereinbarung einfällt! In dunklen Formulierungen wird dann angedeutet, was da Schreckliches passieren wird, wenn solche Vereinbarungen entsprechend der heutigen Lage modifiziert werden. - Ja, was passiert denn da eigentlich? Viele Vereinbarungen der einstigen Siegermächte sind durch die politische Entwicklung nach 1945 obsolet geworden. Meistens zu unserem Vorteil.



Rechte bewahrt man am besten, indem man ihre Notwendigkeit im Bewußtsein der Menschen erhält. Dazu ist es mitunter nötig, gewisse Anpassungen vorzunehmen. Jedenfalls ist das besser, als das Pochen auf den Buchstaben. Davon haben zum Beispiel die Menschen nichts, die aus der DDR ausreisen wollen. Innerdeutsche Politik ist nicht das Warten auf den Tag X, an dem man seine sorgsam bewahrten Berechtigungsscheine präsentieren kann, sondern das ständige Bemühen, die Substanz der deutschen Nation zu erhalten, als Voraussetzung für die Einheit.

Ein Ministerpräsident und ein Senator (wann kommt man in dieser Preisklasse schon einmal ins deutsche Fernsehen?) sind dann auch eifrig dabei, mit bedeutungsvollen Mienen die Cassandra zu geben. Herr Senator Scholz, Berlin, will ausgemacht haben, daß Berliner Bundestagsabgeordnete beim Besuch der Volkskammer diskriminiert wurden. Ich war bisher zweimal dort. Eine Diskriminierung habe ich nicht feststellen können, wohl aber einmal den etwas lächerlichen Versuch, Anspruch, Schein und Wirklichkeit auf einen Nenner bringen zu wollen. Und wobei ist das geschehen? - Natürlich in bester deutscher bürokratischer Tradition bei einer Ausweiskontrolle durch Leute mit Amtsmütze und Litzen!

Herr Löwenthal bezeichnet in seiner Sendung die DDR als "Absurdistan". Dieses Land ist nicht geteilt wie Deutschland. Es erstreckt sich an beiden Ufern der Elbe. Und es hat viele Oberzeremonienmeister, dieses "Absurdistan". Trotz der Sendung vom 2. Mai halte ich die Anführungszeichen, unsere beliebtesten Satzzeichen in politischen Texten, für berechtigt. Hoffen ist schon immer die wichtigste Beschäftigung deutscher Patrioten gewesen. (-/3.5.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Dr. Katharina Focke, Mitglied des Europäischen Parlaments und Spitzenkandidatin der SPD für die Europawahl 1984, umriß auf dem Europa-Festival der SPD am 30. April in der Grugahalle in Essen die europapolitischen Aufgaben ihrer Partei. Wir dokumentieren Auszüge.

"Mit dem Realismus der Arbeiterbewegung die Probleme anpacken"

Jeder von uns weiß und spürt, daß der europäische Wahlkampf, den wir jetzt führen, zu allererst ein Teil der politischen Auseinandersetzung ist, bei dem die politischen Vertreter der Ellenbogengesellschaft à la Reagan und Thatcher versuchen, die Wirtschaftskrise dazu zu benutzen, wieder die Verhältnisse nach ihrem Strickmuster zu verändern: Oben soll wieder oben, und kleine Leute sollen gefälligst wieder klein sein. Die Kapitalbesitzer sollen wieder das Sagen haben und diejenigen, die nur ihre Arbeit besitzen, denen soll wieder genügen, wenn sie verstehen, was man ihnen sagt. Und besonders die Frauen, deren Mütterlichkeit und Sanftmut wieder hochgelobt werden, die sollen solche schrecklichen Dinge, wie Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte oder Chancengleichheit und soziale Sicherheit gleich wieder vergessen, noch ehe sie sie auch nur einigermaßen kennengelernt haben.

Die Bonner Regierung der Wende und der moralischen Erneuerung hat einen Aufschwung der Kapitalerträge und der Kapitalanlagen im Ausland zustande gebracht und als besonders herausragende Leistung die Zahl der Arbeitslosen um weitere 800.000 erhöht. Die moralischen Erneuerer haben versprochen, wenn die neuen amerikanischen Atomraketen erst einmal im Lande wären, dann ginge es mit den Abrüstungsverhandlungen erst richtig los. Der Wende-Kanzler hat jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz versprochen, und er geniert sich offensichtlich nicht, hunderttausend junge Menschen einfach zu vergessen und auszusetzen.

Wenn es nur darum ginge, diesen Spitzenleistungen an Volksverdummung und Scheinheiligkeit eine Antwort zu geben, dann würde sich die Kraft, die wir für diesen europäischen Wahlkampf einsetzen, schon bei weitem lohnen. Wenn es nur darum ginge, gegen die mit Biederkeit und jovialem Grinsen betriebene Veränderung der Republik Widerstand zu leisten, dann wäre das eine Wahlkampfkostenerstattung hundert- oder tausendmal wert. Und wenn wir nichts anderes in diesem Wahlkampf vorhätten, als dieser merkwürdigen Wendemannschaft einen kräftigen Denkwort zu verpassen, schon dann würden sich unsere Mühen lohnen.

Darum geht es ganz sicher und in der unvermeidlichen Verkürzung der Wahlauseinandersetzung notwendigerweise. Aber wir führen diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß keines der Ziele, für die wir uns als Sozialdemokraten einsetzen, erreicht werden kann, wenn wir nur bis an unsere schwarz-rot-goldenen Grenzpfähle denken. Die große Auseinandersetzung, bei der wir an der Seite unserer Freunde in den Gewerkschaften stehen, geht darum, ob die weltwirtschaftliche Krise und dritte industrielle Revolution, die wir derzeit erleben, im Diktat des Weltmarktes und unter Hinnahme von japanischen Bedingungen für die Arbeitnehmer erfolgen soll, oder ob unser Weg der sozial gesteuerten Modernisierung der richtige ist.

Gerade diejenigen unter uns, die als Betriebsräte oder Vertrauensleute der Gewerkschaften den wirtschaftlichen Alltag hautnah mitbekommen, wissen, daß die Entscheidung über ihren Arbeitsplatz längst in irgendeiner Konzernzentrale in Amerika, in der Schweiz oder sonstwo getroffen wird. Deshalb sagen wir - zum Beispiel in unserem europäischen Wahlprogramm -: Macht Europa stark!



Damit wir Gegengewichte bilden und einen Weg gehen können, der den europäischen Traditionen der Aufklärung, der Mitbestimmung und der solidarischen Lösungen gemäß ist.

Wenn wir heute immer wieder von unseren sterbenden Wäldern, vom verseuchten Trinkwasser und vom Gift in den Nahrungsmitteln lesen, dann wissen wir, daß Lösungen aus der Natur der Sache heraus nur im europäischen und weltweiten Rahmen gefunden werden können. Sicher, jeder einzelne von uns kann sein Verhalten ändern. Sicher, wir können im nationalen Rahmen manches tun. Aber eine wirkliche Änderung ist nur vorstellbar, wenn sich die Europäer darauf besinnen, wie klein und verletzlich ihr Kontinent und unser blauer Planet insgesamt ist. Mir fällt immer wieder auf, daß junge Menschen, die noch ein ganzes Leben vor sich haben, gerade diesen Zusammenhang sehr viel deutlicher sehen, als mancher von uns Älteren.

Für mich ist auch sehr einleuchtend, daß es die Frauen sind, die Wählerinnen, die derzeit am treuesten und engagiertesten zur Sozialdemokratie stehen. Für sie ist häufig noch deutlicher als für andere erfahrbar, wie wichtig das Prinzip der Solidarität und Gerechtigkeit für ihr Leben ist. Und ich sage mit Stolz, daß die Beschlüsse des Europäischen Parlaments und die Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft zur Gleichstellung der Frau weitergehend sind, als unsere deutschen nationalstaatlichen Regelungen. Und es ist ein kleiner Schritt, aber immerhin ein Schritt, daß jede Frau bei uns diese Rechte einklagen kann, wie gerade durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs bewiesen.

Ich denke, unsere Partei war klug beraten, für das Europäische Parlament so viele Frauen zu nominieren, und ich bin stolz auf das Vertrauen, das Männer und Frauen meiner Partei bei dieser Wahl in mich gesetzt haben.

Stellt Euch die geographische Lage unseres Landes vor. Macht Euch die Geschichte unseres Landes gegenwärtig und ihr wißt, daß es Sicherheit und friedliches Zusammenleben für uns nur in der Partnerschaft mit unseren Nachbarvölkern geben kann. Es ist richtig, das Europäische Parlament, das immer noch zwischen Brüssel und Straßburg herumzieht, das kann gute Beschlüsse fassen, aber es kann nicht selbst aktiv in die Dinge eingreifen. Doch ich frage euch: Wer kann das heute, "aktiv" die Dinge bewegen?

Wer kann das, sich der Gesetzmäßigkeit und schrecklichen Logik der Supermächte entgegenstellen? Wer kann das, dem rational und scharfsinnig begründeten Irrsinn des Wettrüstens und dem zynischen Verreckenlassen der Millionen in der Dritten Welt ein Ende zu setzen? Das kann kein einzelner, das kann keine Regierung, das können nur die vielen einzelnen zusammen in den verschiedensten Ländern. Und das Europäische Parlament ist eine Möglichkeit, ich meine, eine nicht zu unterschätzende und zu verachtende Möglichkeit, in diesem Sinne zusammenzuarbeiten.

Nicht, weil wir idealistische Träumer wären. Nicht, weil wir irgendwelchen Illusionen nachhängen, halten wir diesen europäischen Wahlkampf für sinnvoll, sondern mit dem Realismus, der die Arbeiterbewegung immer ausgezeichnet hat, sehen wir die Chance für den nächsten Schritt, sehen wir die neue Ebene der demokratischen Zusammenarbeit, um die Wirklichkeit nach unseren Grundwerten und Idealen zu verändern.

(-/3.5.1984/ks/rs)

+ + +

